Nach dem Diner, das gegen ¼7 Uhr zu Ende war, begab man sich in den mit historischen Portraits ausgestatteten großen Saal des Wasserpalais, wo Se. Majestät der König und Se. Königl. Hoheit der Prinz Georg Cercle hielten und die eingeladenen Herren mit huldvollen Ansprachen auszeichneten.

Um ¼8 Uhr fuhren Se. Majestät der König nach Strehlen und Se. Königl. Hoheit der Prinz Georg nach Hosterwitz zurück, während sich die Gäste bei Fackelbeleuchtung auf das vor der Freitreppe am Wasserpalais wartende Extradampfschiff zur Rückfahrt nach Dresden begaben. Bei den durch die Magnesiumfackelbeleuchtung auf der Elbseite des Wasserpalais einerseits und durch zahlreiche Kienfeuer in dem in diesem Frühjahre umgestalteten Lustgarten anderseits erzielten Lichteffekten kamen die architektonischen Konturen des in bizzarr-barockem Stile erbauten Lustschlosses (einer Vermischung chinesischer und japanischer Bauart) in schöner Weise zur Geltung.

Dresden, 13. Oktober. In ihrer heutigen (sechsten) Sitzung beschäftigte sich die evangelisch-lutherische Landessynode mit dem Antrage des Verfassungsausschusses, die Synode wolle zu dem mit Erlaß Nr. 10 vorgelegten Entwurfe eines Kirchengesetzes, die Dauer des Gnadengenusses der Hinterlassenen der evangelisch-lutherischen Geistlichen betreffend, ihr Einverständnis erklären. Nachdem der Berichterstatter Oberjustizrat Richter die Gesichtspunkte dargelegt hatte, die für den Ausschußantrag maßgebend gewesen seien, sprachen die S.-M. geh. Kommerzienrat Riethammer gegen, Superintendent Weidauer, Superintendent Blochmann, Pfarrer Arnold, Superintendent Michael, Pfarrer Hammer, Superintendent Sprenger für den Antrag des Verfassungsausschusses. Professor Pötzschke regte an, ob nicht in dringenden Fällen eine besondere Unterstützung gewährt werden könne. Der Präsident des Landeskonsistoriums v. Zahn legte eingehend den Standpunkt des Kirchenregiments dar und betonte, daß sehr schwerwiegende Gründe den Entwurf veranlaßt hätten. S.-M. Schulrat Michael beantragte, das Gesetz nur auf neueintretende Geistliche zu beschränken, während P. prim. Wetzke den Antrag stellte, bei jeder eintretenden Vakanz in umfangreichen Parochien sofort einen Vikar zu bestellen. S.-M. geh. Kommerzienrat Riethammer vertrat nochmals seinen Standpunkt; die S.-M. Superintendenten Häfselbarth und Michael empfahlen die Annahme des Ausschußantrages. Nachdem nochmals der Präsident des Landeskonsistoriums v. Zahn und Oberkonsistorialrat Ackermann zur Sache gesprochen hatten, wurde der Antrag Wetzke abgelehnt und der Antrag des Verfassungsausschusses angenommen. Es folgte die Beratung des Antrags des Verfassungsausschusses, dem Entwurf eines Kirchengesetzes (Erlaß Nr. 13), die Abänderung einer Bestimmung in § 38 der Geschäftsordnung für die Landessynode vom 20. Juni 1871 (Tagegelder und Reisekosten der Synodalmitglieder) betreffend, nach der Vorlage zuzustimmen. Nach längerer Aussprache, an welcher sich die S.-M. Justizrat Opitz, Sekretär Weidauer, der Berichterstatter Superintendent Häfselbarth beteiligten, und nach einer Erklärung des Hrn. Präsidenten des Landeskonsistoriums v. Zahn wurde der Antrag angenommen mit einem von S.-M. Justizrat Opitz vorgeschlagenen Zusatz: Die Mitglieder der Synode erhalten Tagegelder und Reiseentschädigung; das Weitere bleibt der Regelung durch die Geschäftsordnung vorbehalten. Nächste Sitzung morgen.

Deutsches Reich.

* **Berlin.** Se. Majestät der **Kaiser** nahmen gestern früh die Vorträge der Chefs des Zivilkabinetts und des Marinekabinetts sowie des kommandierenden Admirals entgegen.

— Der gegenwärtige Leiter des russischen Ministeriums des Äußern, Schischkin, sollte gestern abend auf der Rückreise von Paris in Berlin eintreffen und gedachte heute einer Einladung des Fürsten Hohenlohe zur Frühstückstafel Folge zu leisten.

— Der Gouverneur v. Puttkamer ist wieder in Kamerun eingetroffen.

— Die „Hamburger Nachrichten" schreiben über den Trinkspruch des Zaren in Châlons: „Wir erblicken in dem Gebrauch des Ausdrucks „Waffenbrüderschaft" nicht im geringsten ein bedrohliches Symptom; historisch ist sie nicht vorhanden, und was die Gegenwart betrifft, so konstatiert der Kaiser nur, daß in den beiden Armeen dies Gefühl bestehe; er sagt nicht, daß er es selbst teile und hat auch nicht auf die Waffenbrüderschaft getrunken, wie es sonst üblich ist und wie es sicher geschehen wäre, wenn eine russisch-französische Allianz wirklich bestände. Die „unwandelbare Freundschaft" aber, die der Zar als zwischen beiden Ländern bestehend anerkannt hat, bedroht weder Deutschland noch den europäischen Frieden. Sie ist in Bezug auf Deutschland bisher doch immer platonisch geblieben, wie sie auch weniger das Ergebnis russischer Neigung als das der Caprivischen Politik ist, welche es seiner Zeit dahin gebracht hatte, daß sich der Vorgänger des jetzigen Zaren bei dem Kronstädter Flottenbesuch die Marseillaise stehend und unbedeckten Hauptes anhörte. Unsere Beziehungen zu Rußland waren zu jener Zeit weniger befriedigend, als sie es heute sind, und der Austausch von Sympathiekundgebungen gestaltete sich damals — und zwar auf russischem Gebiete — mindestens eben so warm, vielleicht aber noch demonstrativer als heute; trotzdem ist die Kronstädter Affaire und später die von Toulon sans conséquence geblieben. Weshalb sollte es diesmal anders sein? Alle festlichen Redewendungen von unwandelbarer Freundschaft und Waffenbrüderschaft dürften mithin nichts daran ändern, daß Frankreich schwerlich irgendwelche Aussicht hat, bei der Verwirklichung seiner Revancheideen von Rußland militärisch unterstützt zu werden, und deshalb sehen wir der weiteren Entwickelung der russisch-französischen Freundschaft mit großer Gelassenheit entgegen."

— Als eines der wichtigsten Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezählung vom 14. Juni 1895 kann die Feststellung der Thatsache angesehen werden, daß die auf die Landwirtschaft entfallende Bevölkerung nicht mehr, wie noch bei der Berufszählung von 1882, die Mehrheit unter den drei großen Berufsgruppen ausmacht, sondern daß an ihre Stelle die Industrie getreten ist. Von diesem Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind namentlich auch die größeren deutschen Staaten betroffen. Neulich veröffentlichte Zahlen geben für Preußen nach dieser Richtung Aufschluß. Danach entfielen auf die Landwirtschaft im Jahre 1882 von allen Erwerbsthätigen über drei Viertel in den Bezirken Gumbinnen und Marienwerder. Im Jahre 1895 betrug die Prozentzahl in Marienwerder nur noch 72,29. In den sechs Bezirken Königsberg, Köslin, Posen, Bromberg, Osnabrück und Sigmaringen waren 1882 noch zwei Drittel bis drei Viertel zur Landwirtschaft zu zählen. 1895 waren aus dieser Klasse Königsberg und Osnabrück geschieden, während allein Sigmaringen einen höheren Prozentsatz an landwirtschaftlicher Bevölkerung aufzuweisen hatte. Im Jahre 1882 gehörten noch in 15 Regierungsbezirken mehr als die Hälfte bis zwei Drittel sämtlicher Erwerbsthätigen zur Landwirtschaft. Es waren dies Danzig, Frankfurt, Stettin, Stralsund, Liegnitz, Oppeln, Schleswig, Lüneburg, Stade, Aurich, Münster, Minden, Cassel, Coblenz und Trier. Von ihnen hatten bis 1895 6 ihren überwiegend landwirtschaftlichen Charakter an Gewerbe, Handel und Verkehr verloren und zwar Liegnitz, Oppeln, Schleswig, Münster, Minden und Trier. Bei den übrigen war größtenteils die Prozentzahl der für die Landwirtschaft in Anspruch zu nehmenden Bevölkerung gleichfalls zurückgegangen, hatte sich aber immer noch über der Zahl 50 gehalten. Einzig und allein Stralsund hatte 1895 eine größere Prozentzahl an landwirtschaftlicher Bevölkerung aufzuweisen wie 1882, nämlich 57,50 Proz. gegen 56,02 Proz. Während also 1882 noch in insgesamt 23 Regierungsbezirken von 36 in Preußen vorhandenen der landwirtschaftliche Charakter überwog, ist seit 1895 die Zahl auf 17 zurückgegangen. Die Mehrzahl der preußischen Regierungsbezirke hat somit einen industriellen Charakter erhalten. Die an die Bodennutzung geknüpfte Berufsthätigkeit der Bevölkerung hat außerdem auch in diesen 17 meist nachgelassen, nur in den beiden Bezirken Stralsund und Sigmaringen hat sie zugenommen.

— Auf den deutschen Münzstätten sind im Monat September d. Js. geprägt worden: 400440 Mark in Doppelkronen, 10200740 M. in Kronen, 500710 M. in Einmarkstücken, 49091,10 M. in Zehnpfennigstücken und 54486,32 M. in Einpfennigstücken. Die Gesamtausprägung an Reichsmünzen, nach Abzug der wieder eingezogenen Stücke, bezifferte sich Ende September d. Js. auf 3064048020 M. in Goldmünzen, 494079820,10 M. in Silbermünzen, 53505349,55 M. in Nickel- und 13260263,92 M. in Kupfermünzen.

— Nach der im Reichseisenbahnamt aufgestellten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich Bayerns — im Monat August dieses Jahres vorgekommenen Betriebsunfälle waren zu verzeichnen: Entgleisungen auf freier Bahn 12, Entgleisungen in Stationen 12, Zusammenstöße auf freier Bahn 3, Zusammenstöße in Stationen 12, sonstige Betriebsunfälle 154, zusammen 193. Dabei wurden 57 Personen (darunter 5 Reisende) getötet und 138 (darunter 29 Reisende) verletzt.

— Der Wahlkampf im Kreise Westhavelland macht der „Freisinnigen Zeitung" die größten Schmerzen. Was bietet die freisinnige Partei nicht alles auf, um neben der Sozialdemokratie in die Stichwahl zu gelangen! Die schönsten Phrasen werden hervorgesucht, die gewiegtesten Agitatoren werden losgelassen. Man giebt eine Wahlzeitung heraus und spart auch sonst mit Geldausgaben nicht; und dennoch scheint es mit dem Freisinn gar nicht nach Wunsch vorwärtszugehen. Klagend schreibt nun das Richtersche Organ, die Sozialdemokratie lasse in ihrem Wahlkampfe „den Landrat" vollständig beiseite und konzentriere ihre ganze Kraft gegen den Freisinn; sie ziehe stets den Freisinnigen über Land in die Versammlungen nach und suche die freisinnigen Wähler durch allerlei „Verdächtigungen" zu beeinflussen, die „landrätlichen Versammlungen" aber lasse sie ganz unbehelligt. So sehr die „Freisinnige Zeitung" diese Vorliebe der Sozialdemokratie für freisinnige Versammlungen bedauert, so sehr begreiflich ist sie. In konservativen Versammlungen ist für die „Genossen" meist nicht viel zu holen; dagegen wird in freisinnigen Versammlungen der Boden für die gegen jede Autorität gerichteten sozialdemokratischen Agitationen so intensiv vorbereitet, daß es immer etwas zu ernten giebt. Freisinnige Schlagworte wie „Landratspartei" ꝛc. werden von den Sozialdemokraten rasch übernommen oder gar noch überboten; im sachlichen Kampfe aber ist der Freisinn ganz ohnmächtig.

— Antisemiten und Sozialdemokraten sind den Nationalliberalen gefolgt und halten jetzt Parteitage ab. Es ist nicht anzunehmen, daß man von dem nationalliberalen Vorbilde wesentlich abweichen wird. Hier wie dort wird nichts Besonderes bei dem Tagen der Parteien herauskommen; auch von einem Ausgleiche der in den einzelnen Parteien bestehenden Gegensätze wird nicht ernstlich die Rede sein. Was den antisemitischen Parteitag in Halle anlangt, so ist bis jetzt noch nichts anderes zu berichten, als daß die Führer der Partei über die Art, wie sie die Partei führen und über die Erfolge, zu denen sie die Partei geführt haben, in hohem Grade befriedigt sind. Hieran hat auch schon vor dem Parteitage niemand auch nur einen Augenblick gezweifelt. Die Hauptdebatten stehen noch bevor. Wichtiger erscheint, entsprechend der Größe der hinter ihm stehenden Partei, die Tagung der Sozialdemokraten in Gotha. Ausführlich über die Verhandlungen des Parteitages zu berichten, halten wir uns aber ebenfalls nicht für verpflichtet. Nach den üblichen bombastischen Begrüßungsreden am Sonntage begannen gestern die eigentlichen Verhandlungen. Abg. Singer eröffnete die Sitzung. Den Geschäftsbericht erstattete alsdann Abg. Pfannkuch. Er behandelte ausführlich die Parteipresse und wies die gegen sie erhobenen Vorwürfe teilweise zurück, teilweise erkannte er sie als berechtigt an. Großer Mangel an Kräften sei vorhanden und außerdem würden unvorsichtige Neugründungen gemacht. Des weiteren berichtete Pfannkuch, daß die Kasseneinnahmen aus den Parteiunternehmungen günstig seien, dagegen seien die Beiträge zurückgegangen. Hierauf entspann sich eine längere Diskussion, in welcher fast alle Redner über die schwache Agitation seitens der Parteileitung klagten. Letztere wurde nur von wenigen Sprechern in Schutz genommen. Bei Besprechung der Parteipresse findet der Antrag, den Chefredakteur des „Vorwärts" jährlich zu wählen, keine Unterstützung. Im Verlaufe der Diskussion beschwert sich Dr. Quarck über die persönlichen Angriffe des „Vorwärts" und über die unanständige Haltung dieses Blattes sowie der übrigen Parteizeitungen. Es folgen heftige Angriffe auf die „Neue Welt", wobei der Abg. Frohme den Redakteur Steiger angreift, weil er die moderne naturalistische Richtung bevorzuge. Steiger verteidigte die moderne Kunst als eine sozial empfindende Kunst in einstündiger Rede.

Darmstadt. Zu Ehren des Kaisers und der Kaiserin von Rußland fand gestern abend im Schlosse eine Hoftafel statt. In der Mitte der Tafel saßen der Kaiser und die Kaiserin; zur Rechten der Kaiserin hatte der Großherzog, zur Linken des Kaisers die Großherzogin Platz genommen, ihnen schlossen sich die übrigen Fürstlichkeiten an. Dem Kaiser und der Kaiserin gegenüber saß der Staatsminister Finger. Während der Tafel brachte der Großherzog einen Trinkspruch auf den Kaiser und die Kaiserin aus, den der Kaiser mit einem Trinkspruch auf das großherzogliche Paar und das schöne Hessenland erwiderte. — Am gestrigen Vormittage folgten der Kaiser von Rußland, der Großherzog und der Großfürst Sergius einer Einladung des Offiziercorps des Großherzoglich Hessischen Leib-Dragonerregiments Nr. 24 zur Frühstückstafel im Kasino des Regiments.

Österreich-Ungarn.

Wien. Bei der Beratung des Gesetzes, betreffend das Rekrutenkontingent, erklärte gestern der Landesverteidigungsminister Graf v. Welsersheimb im Abgeordnetenhause, er erkenne die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Wünsche der landwirtschaftlichen Kreise in betreff der Erfüllung der Militärdienstpflicht an. Die Unmöglichkeit weitgehenden Wünschen Rechnung zu tragen, liege in den allgemeinen Verhältnissen, da die Friedensrüstung in Österreich schon jetzt weniger weitgehend sei, als in anderen Ländern. Gegenüber der Klage wegen nicht gehöriger Beachtung der nicht deutschen Sprachen versicherte der Minister, daß die Militärverwaltung die Zurücksetzung irgend einer Sprache nicht dulden werde, sondern Achtung vor allen Sprachen und Nationalitäten als Prinzip befolge. Jeder Offizier müsse außer der Armeesprache eine andere nationale Sprache erlernen. Auf politischem Gebiete sei der Kampf der Nationalitäten unvermeidlich, auf militärischem dürfe er nicht Platz greifen. Der Politik sei in der Armee kein Raum gegeben und sie dürfe auch nicht von außen hineingetragen werden. Die Armee stehe auch wirklich der aktuellen Politik fern. Der Minister besprach sodann die Militärlasten und erklärte, es sei unmöglich, hinter den immer weitergehenden Rüstungen der anderen Staaten zurückzubleiben. Der Minister schloß: Es wäre für die Armee nur zu wünschen, daß sie nur bei ihrer Aufgabe bliebe, welche darin bestehe, eine Vorsorge zu treffen für die unabhängige Existenz des Staates sowie dafür, daß wir wünschenswerte Freunde und nicht wünschenswerte Gegner werden und daß unter allen Umständen eine Macht im Staate bestehe, welche es ausschließe, daß auf unglückliche oder gesetzwidrige Weise Fragen gelöst werden, sondern, daß stets die Stimme des Rechtes und der Vernunft zur Geltung gelange. (Lebhafter Beifall.) Das Rekrutenkontingentgesetz wurde sodann in zweiter und dritter Lesung angenommen. Mehrere Resolutionen, darunter eine Resolution des Abgeordneten Brzorad, welche die Regierung auffordert, wegen Einsetzung internationaler Schiedsgerichte mit andern Mächten in Fühlung zu treten, wurden ebenfalls angenommen.

Frankreich.

[illegible] **Paris.** Kriegsminister General Billot hat bestimmt, daß die Truppen, die von Algerien und Tunis zur Truppenschau in Châlons kommandiert wurden, infolge ihrer ausgezeichneten Haltung nach Paris transportiert und hier bis auf weiteres einquartiert werden sollen.

* **Paris.** Der Zar wurde hier allerorten mit der Devise „Pax et robur" begrüßt. Seitdem auf dem Manöverfelde von Châlons dem letzteren Worte entsprochen und in Anwesenheit des Zaren ein Teil der Kriegsmacht des Landes vorgeführt worden ist, giebt man sich in den Blättern alle Mühe, dem ersten Teile dieser Devise untreu zu werden und eine Sprache zu führen, welche nicht friedlich, ja nicht einmal nüchtern und vernünftig genannt werden kann. Nach den Auslassungen der hiesigen Blätter liegt die Tripelallianz zerschmettert darnieder, und Deutschland ist zur Isoliertheit verdammt und zittert vor den politischen Resultaten der Zarentage. Es weht ein chauvinistischer Wind durch die Blätter. Von den Sonntagsblättern leistet der „Radical" folgendes: „Es ist gewiß, daß früher oder später im Orient oder anderswo eine Krisis ausbrechen wird. Deutschland hat allen Grund, im voraus sicher zu sein, daß es sich dann unserem Schwerte gegenüber befinden wird. Jeder Friede, welcher nicht auf Rückgabe Elsaß-Lothringens beruht, kann nur ein provisorischer Friede sein. Er wird nur dann definitiv sein, wenn unsere Fahne auf unseren verlorenen Städten flattert." Das „Echo de Paris" meint, das europäische Gleichgewicht sei soweit hergestellt, daß die Pläne des Deutschen Kaisers jederzeit paralysiert werden könnten. „Die Nation, deren ewige Erniedrigung er gewünscht, hat sich so sehr wieder aufgerichtet, daß sie der unbestrittene Schiedsrichter in Konflikten geworden ist, und ihre Macht ist so groß, daß die Seite von 1870 eines Tages ausgelöscht sein wird. Die Oberherrschaft des Deutschen Reiches über Europa, welche mit so viel Zähigkeit, Täuschung und Blut durch zwei Menschen, Bismarck und Moltke, behauptet wurde, fällt in Trümmer dank der Ausdauer Frankreichs und der Loyalität Rußlands." Im radikalen „Voltaire" lesen wir: „Wenn Nikolaus II. das Wort Allianz ausgesprochen hätte, wie Kaiser Wilhelm dies immer thut bezüglich der „friedenstiftenden" Tripel-Allianz, so hätte der Zar den Brand in Europa entzündet; das wäre der Krieg gewesen, anderseits aber würde der Zar, wenn er die Idee des Friedens dem Worte Allianz angehängt hätte, dann weniger als in Châlons gelogt und unsere teuersten Hoffnungen zerstört haben." Selbst ein an sich vernünftigeres Blatt, wie die „République Française", das Organ des Konseils-Präsidenten Méline, schreibt: Was Deutschland irritiert und stört, ist keineswegs die Furcht vor der Zukunft, sondern das Bewußtsein, daß künftig die Tripel-Allianz und die seit 1870 von ihm ausgeübte Hegemonie in Europa tot ist. Nicht die Sorge um seine Interessen hat Deutschland in Aufregung versetzt, sondern die verletzte Eigenliebe ist es. In England, wo die Diplomatie grausame Enttäuschungen erfuhr und wo man nicht dieselben Motive des Neides hat wie in Deutschland, hat man der neuen Situation, welche durch den Zarenbesuch geschaffen wurde, rascher Rechnung getragen. — Diesen Preßstimmen gegenüber fehlt es allerdings auch nicht an solchen, welche den Bestand und selbst den Wert eines förmlichen Vertrages mit Rußland ernstlich bezweifeln. So sagt Jaurès im „Matin": „Ich behaupte nicht, daß der Abschluß eines Bundesvertrages für uns wünschenswert sei; Rußland hält wahrscheinlich nicht sehr darauf, denn zu genaue und enge Bande könnten den Zaren belästigen und bloßstellen. Er hat kein Interesse, in einer von ihm unterzeichneten Urkunde einen Angriff Deutschlands auf Frankreich und einen daraus hervorgehenden Zusammenstoß Rußlands mit Deutschland vorzusehen, er zieht zweifellos vor, über Europa zu schweben; genug tief, um die Jubelrufe der Menge zu hören, genug hoch, um sich nicht auszuliefern. Vielleicht haben auch die Regierenden Frankreichs zum Abschluß eines derartigen Vertrags nicht besonders gedrängt, denn sie hätten ihn nur zur Verteidigung einrichten können und diese etwas trockene Genauigkeit hätte ohne Zweifel mehr als eine geheime Hoffnung entmutigt. Sie ziehen vor, die französisch-russischen Beziehungen in einem Halb-

---

Gesichte gekommen, die seinen Ausführungen zugestimmt hätte. Selbst Schweizer Zeitungen haben sich ablehnend gegen sie verhalten. In Dresden hat besonders Dr. Paul Schumann sie gebührend abgefertigt. Dadurch, daß jemand „als Laie und in eigener Sache" eine Behauptung aufstellt, von der er obendrein eigentlich das Gegenteil beweist, wird wahrlich keine wissenschaftliche Streitfrage geschaffen. Wir haben uns also zunächst vom Standpunkt der Quellenforschung aus dagegen zu verwahren, daß es eine Streitfrage sei, ob Hrn. Badrutts Bild oder das durch Vasari beglaubigte Dresdner Bild das Original Raphaels sei.

Auf Hrn. Badrutts Frage aber, wie Raphael in seiner reifsten Zeit darauf gekommen sein solle, gerade für die Mönche von Piacenza ein eigenhändiges Gemälde auszuführen, haben Crowe und Cavalcaselle schon im voraus mit der ansprechenden Vermutung geantwortet, daß der römische Kirchenfürst Antonio de Monti, der den Titel eines Kardinals von San Sisto führte, der Vermittler zwischen den Mönchen von San Sisto und Raphael gewesen sei.

Nun könnte noch jemand einwenden, daß die Stilkritik, die auf dem lebendigen Augenschein beruht, unter Umständen doch stärker sei als alle papierenen Nachweise; er könnte fragen, ob denn das Badruttsche Bild nicht eine künstlerische Handschrift zeige, die derjenigen Raphaels so nahe stehe, daß es trotz des Mißlingens des litterarischen Nachweises als eine Streitfrage bezeichnet werden müsse, welches der beiden Bilder das echte sei. Hierauf ist zunächst zu antworten, daß Hr. Badrutt in seiner Schrift selbst zugesteht, daß noch kein Kenner — und manche Kenner haben das Bild in St. Moritz gesehen — sich für die Echtheit seines Bildes ausgesprochen habe. Ich kann hinzufügen, daß eine Reihe namhafter Kenner, die das Bild gesehen, mir mitgeteilt haben oder durch andere haben mitteilen lassen, daß das Badruttsche Bild sicher nur eine mäßige alte Kopie sei. Ich selbst hatte noch keine Gelegenheit, das Bild zu sehen. Man braucht aber, wie ich schon 1894 in der „Kunst für Alle" bemerkt habe, nur die beiden Braunschen Photographien des Dresdner und des St. Moritzer Bildes nebeneinander zu halten, um sich von dem gewaltigen Unterschiede der beiden Gemälde in Bezug auf die Reinheit, Unmittelbarkeit und Frische der Formensprache, die Leichtigkeit und Flüssigkeit der Pinselführung, die Tiefe, Wahrheit und Fülle des Ausdruckes zu überzeugen. Die siegreiche Hoheit des Ausdrucks, die Raphaels Bild in Dresden zeigt, hat noch kein Kopist zu erreichen vermocht. Derartige Unterschiede sind schon in guten Photographien erkennbar; und schon die Braunschen Photographien lassen keinen Zweifel daran, daß das Badruttsche Bild nur eine alte Kopie ist.

Nur aus der Betrachtung der uns vorliegenden Photographien, unter denen sich eine befindet, die von dem Badruttschen Bilde vor dessen Herstellung durch den Restaurator Sehar in Augsburg aufgenommen, ergiebt sich aber auch bereits schlagend ein äußerer vollgiltiger Beweis dafür, daß das Dresdner Bild das Original, das Engadiner die Kopie ist. Schon Paul Schumann und Ernst Neuling haben in der „Magdeburgischen Zeitung" und in der „Weser-Zeitung" auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Bekanntlich war der oberste Teil des Dresdner Bildes früher umgeschlagen worden, sodaß die Stange, an der die gemalten Vorhänge hängen, die das Bild vorn abschließen, nicht sichtbar war; und bekanntlich fehlt dementsprechend die Stange auch den älteren Stichen, die angefertigt worden, ehe das umgeschlagene Stück, das dem Motiv der Vorhänge erst Halt und Natürlichkeit giebt, in Dresden wieder hervorgeholt wurde. Nun, dem Badruttschen Bilde fehlte, wie die Photographie deutlich erkennen läßt, vor der Seyerschen Restauration die Stange der Vorhänge; und Hr. Sehar hat in einer Zuschrift an Hrn. Ernst Neuling in Bremen, wie dieser mitteilt (Weserzeitung vom 29. November 1895), selbst zugegeben, daß er die fehlende Stange nach dem Dresdner Bilde ergänzt habe. Der Beweis ist in der That schlagend. Einem Meister wie Raphael konnte es nicht in den Sinn kommen, die Vorhänge in die leere Luft zu hängen. Von den Kopisten hat aber keiner gewagt, die vermeintliche Darstellung Raphaels zu ergänzen. „Für die Kritik", fügt Neuling hinzu, „ist die Sache damit erledigt." Kurz, von einer ganzen Reihe von Erwägungen genügt jede einzelne zu dem Beweise, daß Hrn. Badrutts Bild das Original nicht sein kann.

Wenn das Bild jetzt, wie es scheint, eine Ausstellungsreise durch Deutschland antreten soll, so muß man freilich darauf gefaßt sein, noch allerlei Unkritisches darüber zu lesen zu bekommen. Es wäre sogar auffallend, wenn sich keine Laienfeder zur Verteidigung des Badruttschen Bildes rühren sollte. Daß aber namhafte Kenner sich gegen die Originalität der Dresdner Madonna aussprechen sollten, muß nach allem, was gesagt worden, von vornherein als ausgeschlossen gelten; und, auch vom stilkritischen Standpunkte aus betrachtet, würde das Bestehen einer Streitfrage nur anerkannt werden können, wenn berufene und namhafte Kenner die Sache des Hrn. Badrutt zu der ihren machten.

Bei dieser Sachlage würde eine längere öffentliche Ausstellung beider Bilder nebeneinander, wie Hr. Badrutt sie „verlangt", in der That „eine Komödie" sein. Die Sixtinische Madonna ist dazu da, in stiller Andacht genossen zu werden, nicht aber in einen künstlich erregten „Streit" hineingezogen zu werden, der überhaupt nur in der Einbildung einiger Laien besteht. Von den meisten Meisterwerken der Dresdner Galerie giebt es gute alte Kopien. Wohin sollte es führen, wenn den Eigentümern aller dieser Kopien gestattet würde, ihre Bilder neben den Originalen auszustellen? Etwas anderes wäre es, wenn ein solcher Kopienbesitzer, um seinen Zweifel zu zerstreuen, nur den Wunsch aussprächе, sein Bild in Gegenwart einiger Kenner kurze Zeit neben das Original halten zu dürfen. Man würde sich dem Vorwurf der Engherzigkeit oder der Furcht aussetzen, wenn man eine solche Nebeneinanderstellung verhindern wollte. Eine Stunde würde vollkommen genügen, eine kritische Vergleichung zu ermöglichen.

In diesem Sinne ist Hr. Badrutt schon im Jahre 1892 beschieden worden; und diese Frage brauchte hier nicht berührt zu werden, wenn Hr. Badrutt nicht schon in seiner großen Schrift über diesen Bescheid Beschwerde geführt hätte und ihm nicht jüngst in dem bekannten Londoner Blatt „Truth" ein Eideshelfer für diese Beschwerde erstanden wäre. Kein einsichtiger und aufrichtiger Kunstfreund aber wird sich dem „Verlangen" Hrn. Badrutts, eine Volksabstimmung in dieser Angelegenheit herbeigeführt zu sehen, anschließen. Es wäre, wie wenn ein Laie behauptete, nicht die Erde empfange ihr Licht von der Sonne, sondern die Sonne von der Erde, und alsdann über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Behauptung eine allgemeine Laienabstimmung verlangte. Karl Woermann.

---

† **Anton Bruckner.** Eine der originellsten und eigenartigsten Erscheinungen im Musikleben Wiens, Prof. Dr. Anton Bruckner, ist am Sonntag nachmittags im 72. Lebensjahre einem langen Leiden erlegen. Anton Bruckner mußte jahrzehntelang um seine künstlerische Existenz kämpfen, es gelang ihm lange nicht, als Komponist sich durchzusetzen und nicht einmal auf dem ihm eigensten Gebiete, der Kirchenmusik, sich Geltung zu verschaffen. Dafür war er als Greis in seinen letzten zehn Jahren der Gegenstand eines ebenso leidenschaftlichen als übertriebenen Kultus. Die Wagnersche Schule, welche nach dem Tode des Meisters ein neues sichtbares Haupt brauchte, zog den bescheidenen Musiker, welcher in Wien ohne Ruhmbegier seiner Kunst lebte, aus seinem ruhigen Dasein hervor. Bruckner wurde auf den Schild gehoben, seine Symphonien und Kirchenkompositionen wurden wiederholt unter dem jubelnden Beifalle der Wagner-Gemeinde aufgeführt, sie nahmen ihren Rundzug durch Deutschland, und so ergoß sich über die